

Letztere während der Dauer dieses Concurs- oder Fallit-Verfahrens; 2) Personen, welche eine Armen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen, oder im letzten, dieser Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben; 3) Dienstboten; 4) Handwerksgehilfen und Fabrikarbeiter; 5) Tagelöhner.

§. 3. Als bescholten, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen sollen angesehen werden: 1) Personen, welche wegen Diebstahls, Betrugs oder Unterschlagung, oder welche wegen eines anderen Verbrechens zu einer Zuchthaus- Arbeitshaus- Festungs- Arbeitsstrafe oder zum Verluste der staatsbürgerlichen Rechte durch rechtskräftiges Erkenntniß verurtheilt und in ihre Rechte nicht wieder eingesetzt worden sind; 2) Personen, welche des Rechtes zum Wählen rechtskräftig für verlustig erklärt sind.

§. 4. Mit dem Verluste des Rechts zu wählen für eine Zeit von vier bis 12 Jahren, außer den durch die Strafgesetze bestimmten oder zu bestimmenden Strafen ist zu belegen: wer bei den Wahlen Stimmen erkaufte, oder mehr als einmal bei der für einen und denselben Zweck bestimmten Wahl seine Stimme abgegeben, oder als Beamter seine Stellung zur Einwirkung auf die Wahlen mißbraucht hat.

Art. II. §. 5. Wählbar zum Abgeordneten ist jeder selbstständige, unbefohlene (§. 2, 3) Deutsche, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat.

§. 6. Staatsdiener bedürfen zur Annahme der auf sie gefallenen Wahl keiner Genehmigung ihrer Vorgesetzten.

Art. III. §. 7. In jedem Einzelstaate sind Wahlkreise von je 100,000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung zu bilden.

§. 8. Ergibt sich in einem Einzelstaate bei der Bildung der Wahlkreise ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen, so ist hierfür ein besonderer Wahlkreis zu bilden. Ein Ueberschuß von weniger als 50,000 Seelen ist unter die andern Wahlkreise des Einzelstaates verhältnißmäßig zu vertheilen.

§. 9. Kleinere Staaten mit einer Bevölkerung von wenigstens 50,000 bilden einen Wahlkreis. Diejenigen Staaten, welche keine Bevölkerung von 50,000 Seelen haben, werden mit andern Staaten nach Maßgabe der Reichswahlmatrikel (Anlage A) zur Bildung von Kreisen zusammengelegt.

§. 10. Die Wahlkreise werden zum Zweck des Stimmenabgebens in kleinere Bezirke eingetheilt.

Art. IV. §. 11. Wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirke ausüben will, muß in demselben zur Zeit der Wahl seinen festen Wohnsitz haben. Jeder darf nur an einem Orte wählen. Die Garnison der Soldaten soll nur dann als fester Wohnsitz gelten, wenn sie seit sechs Monaten nicht gewechselt worden ist.

§. 12. Zu jedem Bezirke sind zum Zweck der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden. Diese Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur ordentlichen Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht offen auszulegen und dies öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach öffentlicher Bekanntmachung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.

Art. V. §. 13. Die Wahlhandlung ist öffentlich. Bei derselben sind Gemeinde-Mitglieder zuzuziehen, welche kein Staats- oder Gemeinde-Amt bekleiden. Das Wahlrecht muß in Person ausgeübt, die Stimme mündlich zu Protokoll abgegeben werden.

§. 14. Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreise abgegebenen Stimmen. Stellt bei einer Wahl eine absolute Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist eine zweite Wahlhandlung vorzunehmen. Wird auch bei dieser eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so ist zum dritten Male nur unter den zwei Candidaten zu wählen, welche in der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

§. 15. Stellvertreter der Abgeordneten sind nicht zu wählen.

§. 16. Die Wahlen sind im Umfange des ganzen Reiches an einem und demselben Tage vorzunehmen, den die Reichsregierung bestimmt. Die Wahlen, welche später erforderlich werden, sind von den Regierungen der Einzelstaaten auszuschreiben.

§. 17. Die Wahlkreise und Wahlbezirke, die Wahldirectoren und das Wahlverfahren, in so weit dieses nicht durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt worden ist, werden von den Regierungen der Einzelstaaten bestimmt.

Anlage A.: Reichswahl-Matrikel. Zum Zwecke der Wahlen der Abgeordneten zum Volkshaufe werden zusammengelegt: 1) Lichtenstein mit Oesterreich. 2) Hessen-Homburg mit Großherzogthum Hessen. 3) Schaumburg-Lippe mit Hessen-Rassel. 4) Hohenzollern-Hechingen mit Hohenzollern-Sigmaringen. 5) Neuß älterer Linie mit Neuß jüngerer Linie. 6) Anhalt-Köthen mit Anhalt-Bernburg. 7) Lauenburg mit Schleswig-Holstein. 8) Lübeck mit Mecklenburg-Schwerin.

Reichs-Gesetz über die Tagegelder der Abgeordneten

ten zum Reichstage. Die Mitglieder des Staatenhauses und des Volkshauses erhalten ein Tagegeld von 7 Gulden rheinisch und eine Reisekosten-Entscheidung von 1 Gulden für die Meile sowohl der Hinreise als der Rückreise.

Wien, 4. Februar. Heute früh gegen 11 Uhr wurde hier in Wien am Graben aus einem Fiaker auf eine Sicherheitswache geschossen; man konnte des Thäters nicht habhaft werden; gestern Nacht geschah dasselbe aus einem Hause am sogenannten Heidenschuß.

Die hiesige Universität ist wegen Mangel an Studirenden am 1. Februar nicht eröffnet worden. (Ald.).

Schreiben aus Wien, 3. Februar. Das Gerücht von Kossuth's Verhaftung, welches eben durch alle Blätter die Runde macht, scheint sich nicht bestätigen zu wollen. — Aus guter Quelle kann ich versichern, daß die russisch-österreichischen Grenzen mit einem Beobachtungs-Corps von 20,000 Mann Russen besetzt sind, welche des Augenblickes gewärtig sind, zum Schutze des Gesetzes in das Eszekerland, dessen Bewohner die gut gezeigten Gesinnungen wieder geändert haben sollen, einzurücken.

Italien.

Rom, 29. Jan. Die Kommission, welche mit der Eröffnung der Stimmzettel beauftragt war, erließ bereits vorgestern die Anzeige, daß sie als gestern, Mittags 12 Uhr, vom Kapitol herab dem römischen Volke seine Vertreter verkündigen werde. Der altherwürdige Senatorenpalast ward zu dem Ende hant herausgeputzt, wie zu einer Karnevals-Komödie; rothe Tapeten, trifolore Vorhänge bedeckten die Fenster, die Halbsäulen, den größeren Theil der Wände. Zu den Seiten der großen Treppe in großen Buchstaben die Inschriften: *Costituente Romana* und *Costituente Italiana*, umgeben von italienischen Fahnen; auf dem Dache wehten 14 Fahnen mit den Wappen der Regionen Roms, 14 andere derselben Art von den Dächern der Konservatorenpaläste, an deren Festern man die in letzter Zeit üblich gewesenenen Regionsfahnen aufgesteckt hatte, welche noch die päpstlichen Farben haben. Zwei Musikchöre an den Seiten der großen Kapitoltreppe wetteiferten mit einem dritten auf dem Plage selbst zur Unterhaltung des harrenden Publikums, das aber größtentheils aus Gensdarmen, Soldaten, Studentenlegion, Civica und Spiranza bestand. Selbst die Civica hatte sich wenig zahlreich eingestellt. Endlich erschien die Kommission, geschmückt mit dreifarbigem Armbinden, umgeben von den Bannern der römischen Klubs, auf der Höhe der Treppe des Senatorenpalastes. Glockenläuten und Trompetenstöße eröffneten die Verkündigung und folgten jedem Namen, während Kanonensalven vom Forum her dazwischen donnerten; dann die offiziellen *Evivas* vom Plage her. Unwillkürlich erinnert man sich an das allwöchentliche Ausrufen der Lottogewinne auf Monte Citorio, und wahrlich, bei letzterem pflegt man größere Spannung des Publikums wahrzunehmen, als die war, welche sich gestern auf dem Kapitol zeigte. Die Namen aber und die Stimmzahl sind folgende: Sturbinetti, Präsident der Kammer in der letzten Session mit 16153 Stimmen, dann die Minister Armellini, Sterbini, Muzzarelli mit 31175, 11718 und 11555; Galletti, früher Minister und Mitglied der Staatsjunta, mit 11277; Scifoni mit 9859; der Kriegsminister Campello mit 9311; de Rossi, früher einmal Minister, mit 7706; Major Calandrelli mit 7697; Gabussi, Präsident des Wahl-Ausschusses, mit 7095; Minister Mariani mit 6777 und endlich Bonaparte mit 6449 Stimmen. Beim Namen des Letztern erhob sich ein sehr vernehmliches „Oh!“ von allen Seiten des Platzes, obwohl Hinterher auch ihm der offizielle Beifallsruf nicht fehlte. Sie sehen daraus, wie wenig Sympathieen der wählerische Napoleonide selbst jetzt noch im Volke hat. Die ihm gewordene Stimmzahl zeugt davon nicht weniger, zumal wenn man weiß, daß seine Anhänger Alles daran setzten, ihn durchzubringen, indem sie z. B. an den Stimmatischen Allen, welche fragten, wenn sie ihre Stimme geben sollten, stets ihn nannten; die Andern seien gleichgültig. Wären die Wahlen regelmäßig vor sich gegangen und von jedem Distrikte zwei Deputirte gewählt, statt aller zwölf, so würde sich sicherlich keine Majorität für ihn gefunden haben. Sehr schlau war daher von rassistischer Seite die Sache angelegt.

Als der letzte Name verhallt war und unten Alles stumm blieb, gab die Kommission von oben her durch Hutschwenken und Lebehochgeschrei das Signal zum Jubel des sogenannten Volkes. Unter Trommelwirbel und Fanfaren der Musikchöre steckten Studenten und Civica die Kalabreser und Helme auf die Gewehre; aber man sah zu deutlich, daß Wenigen ganz wohl dabei zu Muth war. Abends war das Kapitol prachtvoll erleuchtet; bengalische Feuer in den solennen drei Farben entlockten dem Volke manches Freudenerschrei, aber wenig Anklang fanden die begleitenden *Evivas* auf die Konstituante. Es schloß eine neue Szene der römischen Tragikomödie! Wenn man aber sich nicht enthalten kann, dergleichen politische Exhibitionen komisch zu finden, so muß man freilich bedenken, daß es hier solcher Demonstrationen bedarf, um das Volk glauben zu machen, daß es sich wirk-